

Freiburger Nachrichten



FREIBURG

Prekäre Bedingungen im Sexgewerbe



FN Redaktion

-

Veröffentlicht am: 05.11.2020

Zuletzt geändert am: 05.11.2020

Lesezeit: 5 Minuten Keine Kommentare

Abstand halten – das geht im Sexgewerbe nicht. Und so fanden sich die Prostituierten im März und im April im Lockdown wieder. Ohne Arbeit. Und oft ohne Sozialversicherung. Gleichzeitig ohne Möglichkeit, nach Hause zu reisen. Denn die meisten Prostituierten im Kanton Freiburg sind Migrantinnen. Sie konnten nicht nach Hause reisen, da die Grenzen zu waren und kaum mehr Flugzeuge flogen. Und nun finden sie sich erneut in dieser Situation wieder: Der Freiburger Staatsrat hat am Dienstag bekannt gegeben, dass Prostituierte bis mindestens Ende Monat nicht mehr arbeiten dürfen.

Immer mehr Prostituierte

Seit 2011 erhalten Sexarbeiterinnen von ausserhalb Europas keine Aufenthaltsbewilligung B mehr; sie können nicht mehr in der Schweiz und in den EU-Staaten arbeiten. Damit erhalten die Afrikanerinnen, die bis dahin oft in Freiburg gearbeitet haben, keine Bewilligung mehr. Gleichzeitig können Frauen aus Lateinamerika Pässe in Spanien beantragen und so als EU-Angehörige problemlos in der Schweiz arbeiten: Ohne Gesuch können sie 90 Tage im Jahr in der Schweiz erwerbstätig sein, sie müssen sich dafür nur anmelden.

Seither sei die Anzahl der Sexarbeiterinnen im Kanton Freiburg stetig gestiegen, sagt Corinne Siffert, Leiterin der Freiburger Organisation Grisélidis, welche die Prostituierten unterstützt (siehe Kasten rechts). Meistens seien um die 150 Frauen präsent. «Vor zehn Jahren gab es viel weniger Prostituierte.» Patricia Eicher, die ebenfalls für Grisélidis arbeitet, fügt an: «Damals verdiente eine Frau deutlich mehr als heute.» Die Prostituierten hätten ihre Stammkundschaft gehabt. Weil heute viel mehr Frauen im Sexgewerbe tätig seien, könnten sie nicht mehr das Gleiche verlangen und verdienten viel weniger. Und da viele wegen der 90-Tage-Regel nicht lange in einer Stadt seien, hätten diese auch keine Stammkundschaft. Komme dazu, dass die Frauen aus Latein-

amerika nicht Französisch sprachen, im Gegensatz zu den Afrikanerinnen, die früher das Gewerbe geprägt hätten. «Weil ihnen die Sprachkenntnisse fehlen, können sie auch weniger gut den Preis verhandeln.»

Ein karger Lohn

Darum sagt Patricia Eicher: «Viele haben ein falsches Bild der Prostitution. Die Frauen verdienen heute deutlich weniger, als die meisten meinen.» Zwar könnten sie immer noch Geld nach Hause schicken und ihre Familien unterstützen. «Heute reicht es aber nicht mehr, um damit ein Haus zu bauen, wie das früher der Fall war.» Die Lage der Prostituierten habe sich in den letzten zehn Jahre nicht nur verschlechtert, weil die Konkurrenz grösser sei, sagt Corinne Siffert. «Es gibt auch weniger Kundschaft.» Lange hätten Gastarbeiter zu den Kunden gehört. «Nun läuft die Wirtschaft in ihren Heimatländern besser, und viele sind nach Hause zurückgekehrt.»

Von Corona eingesperrt

«Die Frauen aus Lateinamerika kommen oft nur für einige Tage in die Schweiz», sagt Corinne Siffert. «Sie mieten tageweise ein Studio für 70 bis 100 Franken», sagt Siffert – beispielsweise in der Alten Brunnengasse in der Stadt Freiburg. In diesen teuren Studios blieben die Frauen aus Lateinamerika im März stecken, ohne Geld und ohne Einnahmen. «Eigentlich sollten sie die Schweiz verlassen, aber weil die Grenzen geschlossen waren, konnten sie nicht ausreisen und fanden sich ohne Arbeit wieder», sagt Siffert. «Und sie wohnten in den teuren Zimmern, die sie ohne Freier nicht bezahlen konnten.»

Während des Lockdown hätten die Besitzer die Frauen in den Studios wohnen lassen. Aber jetzt verlangten sie wieder die volle Miete – auch wenn das Geschäft derzeit sehr schlecht laufe.

Nun auch finanzielle Hilfe

Normalerweise steht Grisélidis den Prostituierten vor allem mit Tipps und Ratschlägen zu administrativen Fragen zur Seite. Während des Lockdown unterstützte Grisélidis die Frauen auch finanziell. «Der Lockdown hat für die Frauen ein Arbeitsverbot bedeutet, und finanzielle Reserven haben viele nicht», sagt Corinne Siffert. Erwerbserwerbschädigungen für Selbstständigerwerbende konnte nur beantragen, wer eine

Aufenthaltsbewilligung hatte. «Wir halfen beim Zahlen der Krankenkasse und der Lebensmittel.» Dies dank eines Fonds von Prokore, einem nationalen Netzwerk, das die Interessen von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern verteidigt.

Jenen Prostituierten, die ständig in Freiburg wohnen, standen während des Lock-down teilweise einige Stammkunden bei: Sie schickten ihnen Geld, auch wenn sie keinen Kontakt haben konnten.

Die Frauen hätten Existenzängste gehabt – und sich isoliert, weit weg von ihren Familien wiedergefunden. Viele hätten auch Angst um ihre Angehörigen gehabt, da die Pandemie in ihren Heimatländern noch stärker wütete als in Europa. «Die Pandemie und ihre Folgen waren für sie beängstigend und lösten Stress aus.»

An Covid-19 erkrankt ist bisher nur eine der Prostituierten, mit denen Grisélidis in Kontakt steht. Das erstaunt Corinne Siffert nicht: «Sie wissen sich vor übertragbaren Krankheiten zu schützen, das gehört zu ihrem Alltag.»

Zur Organisation

Seit dreizehn Jahren für Prostituierte da

Am 8. März 2007 startete der Freiburger Verein Fri-Santé das Programm Grisélidis. Es setzt sich für die Rechte und die Würde der Strassenprostituierten ein. Vor Grisélidis gab es im Kanton Freiburg keine Anlaufstelle für Sexarbeiterinnen. Seither können sie aber auf die Hilfe von Sozialarbeiterinnen zählen, die vor Ort und an der Geschäftsstelle von Fri-Santé präsent sind. Die Prostituierten erhalten Unterstützung bei administrativen Angelegenheiten wie der Erlangung eines Aufenthaltsstatus oder einer Arbeitsbewilligung. Zudem erhalten sie Präventionsmaterial. Grisélidis berät auch Süchtige in der Drogenanlaufstelle Le Tremplin in Gefühls- und Sexualfragen. Seit Mitte März unterstützte Grisélidis 129 Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter finanziell.

njb

Fakten

Kurzfristige Erwerbstätigkeit

Angehörige der EU- und der Efta-Staaten geniessen die volle Personenfreizügigkeit. Das heisst, sie können ihren Wohnsitz jederzeit in die Schweiz verlegen. Nach der Einreise müssen sie sich bei der Einwohnerkontrolle melden; Erwerbstätige können in der Schweiz ohne Bewilligung bis zu 90 Arbeitstage pro Kalenderjahr arbeiten.

njb